

## Empirische Argumentationshilfen für Reichtumsdebatten.

In Diskussionen zur Verteilungsungleichheit in Österreich steht zumeist das Einkommen im Mittelpunkt des Interesses. Vermögen ist jedoch ein weiterer wichtiger Aspekt der sozialen Ungleichheit. Kleinere Ersparnisse werden aus Erwerbseinkommen gebildet, um eine Reserve in Notsituationen zu haben. Hohe Vermögen bedeuten hingegen finanzielle Unabhängigkeit von einem Erwerbseinkommen. Und wirklich beträchtliche Vermögen resultieren aus Erbschaften und Unternehmensgewinnen und verleihen gesellschaftlichen Status und politisch-ökonomische Macht.

Beim Vermögen kann zwischen Immobilienvermögen, Geldvermögen (Spareinlagen, Anleihen, Aktien, Unternehmensbeteiligungen, ...), immateriellem Vermögen (Lizenzen, Urheberrechte, Patente), Naturvermögen, und Haushaltsvermögen (Auto, Schmuck, Antiquitäten) unterschieden werden. Nettovermögen bezeichnet die Summe von Geldvermögen und Immobilienvermögen unter Abzug der Verbindlichkeiten. Bruttovermögen beinhaltet Nettovermögen plus Passiva. Vermögen ist durch eine größere Dauerhaftigkeit als Einkommen gekennzeichnet und kann selbst Einkommen schaffen. Es geht, auch in Krisenzeiten, nicht so schnell verloren wie ein Erwerbseinkommen. Denn das Vermögen der Reichen setzt sich aus unterschiedlichen Komponenten zusammen, und deren Wertänderungen erfolgen nicht im Gleichlauf. So können in einer Krise die Aktienkurse an der Börse sinken, während etwa die Immobilienwerte hoch bleiben.

Die ökonomische Forschung ist konzentriert auf vergleichsweise leichter quantifizierbare Vermögensformen, wie Immobilienvermögen und Geldvermögen (dazu zählen auch Unternehmensbeteiligungen). Die OeNB hat in den letzten Jahren zahlreiche empirische Untersuchungen zu diesen Bereichen durchgeführt.

### Mythos 1: Österreich hat eine relativ ausgeglichene Vermögensverteilung

Erst Anfang 2012 wird die Vermögensverteilung (Geldvermögen und Immobilienvermögen der privaten Haushalte) in Österreich dokumentiert werden können und internationale Ländervergleiche möglich werden ([www.ecb.europa.eu/](http://www.ecb.europa.eu/)

[home/html/researcher\\_hfcn.en.html](http://home/html/researcher_hfcn.en.html)). Bis dahin ist man auf das Sammeln von Puzzlestücken zur ungleichen Verteilung angewiesen.

Internationale Befunde zur Vermögensverteilung zeigen bislang: Die Top-10-% Vermögenden halten mindestens die Hälfte des Vermögens. Die Top-5-% besitzen zwischen einem Drittel und der Hälfte, und die Top-1-% zwischen 10% und 30% des Vermögens.

Die österreichischen Haushalte verfügten 2004 durchschnittlich über ein Geldvermögen von rund 55.000 €. Die Mitte der Vermögensverteilung, der Median, lag aber nur bei 24.000 €. Dieser beträchtliche Abstand zwischen arithmetischem Mittel und Median ist ein erster Hinweis für die beträchtliche Ungleichverteilung der Geldvermögen.

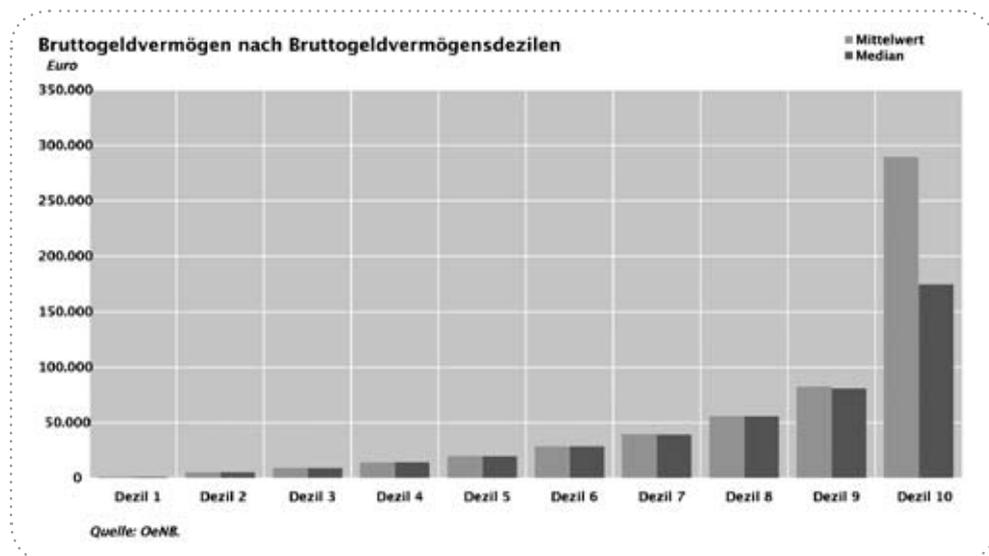
Erst im obersten Zehntel erreicht das Bruttogeldvermögen beachtliche Ausmaße (etwa 300.000 € im Durchschnitt). Die reichsten 5% der Haushalte in Österreich besitzen etwa 40% des Geldvermögens. Umgerechnet sind dies etwa 176 Mrd. Euro. Die obersten 10% haben einen Anteil von 54% am gesamten Geldvermögen. Umgerechnet sind dies etwa 238 Mrd. €.

Beim Geldvermögen hält das oberste Promille der Haushalte (3.500 Haushalte) etwa gleich viel an Vermögen wie die untere Hälfte (1,75 Millionen Haushalte). Über zwei Drittel der österreichischen Haushalte besitzen kein nennenswertes Geldvermögen.

Der Gini-Koeffizient für das Bruttogeldvermögen (d.h. einschließlich der Verbindlichkeiten) liegt in Österreich bei 0,66. Der Gini-Koeffizient ist das bekannteste Ungleichheitsmaß. Er liegt bei 0, wenn alle gleich viel haben, und bei 1, wenn eine(r) alles besitzt. In der Stichprobe waren aber keine sehr reichen Haushalte vertreten. Daraus folgt, dass die Geldvermögensverteilung in Wirklichkeit noch viel ungleicher ist. Reiche nehmen an freiwilligen Haushaltsbefragungen seltener teil, und wenn sie teilnehmen, verweigern sie häufiger die Antwort, insbesondere bei Fragen nach Vermögenswerten.

**Martin SCHÜRZ**

lebt in Wien, ist Ökonom und Vermögensforscher.



Die Vermögensverteilung in Österreich ist, wie auch in allen anderen Ländern, für die Daten vorliegen, deutlich ungleicher als die Einkommensverteilung. Daten aus anderen Ländern zeigen zudem eindeutig, dass von einer im internationalen Vergleich relativ niedrigen Ungleichheit in Bezug auf Einkommen nicht auf den gleichen Befund in Bezug auf Vermögen geschlossen werden kann. Dies hängt unter anderem mit dem Steuersystem (z.B.: welche Bedeutung haben Vermögenssteuern) und rechtlichen Aspekten zusammen (z.B.: ist die Gründung von Privatstiftungen möglich?), welche die Akkumulation von Vermögen unterschiedlich beeinflussen. Ein Beispiel: Schweden hat einen niedrigen Gini-Koeffizient von 0,23 für Einkommen (2002). Das Nettovermögen in Schweden ist allerdings mit einem Gini-Koeffizienten von 0,89 sehr ungleich verteilt.

Vorsicht ist bei internationalen Vermögensvergleichen aus statistischen Datenerhebungsgründen geboten. Die Frage, ob Österreich besser oder schlechter als andere Länder dastehe, muss daher noch unbeantwortet bleiben. Bei freiwilligen Haushaltsbefragungen werden reiche Haushalte untererfasst. Dieser Erfassungsgrad kann in unterschiedlichen Ländern zudem deutlich variieren. Dies wirkt sich auf die resultierenden Verteilungsmaße aus. Schweden oder die USA etwa erfassen den oberen Rand der Verteilung überdurchschnittlich gut, da sie entweder auf Steuerdaten zurückgreifen können oder spezielle statistische Verfahren anwenden, um die reichen Gruppen der Bevölkerung entsprechend abdecken zu können.

### Mythos 2: Vermögenssteuern auf Immobilienbesitz würden kleine HäuselbauerInnen treffen

Immobilienvermögen stellt den größten Teil des Vermögens privater Haushalte dar. Die Schätzung für das durchschnittliche Immobilienvermögen eines österreichischen Haushalts beim Hauptwohnsitz liegt bei 130.000 €, jene für das durchschnittliche Gesamtimmobilienvermögen eines Haushalts beträgt 250.000 €. Für das gesamte Immobilienvermögen der privaten Haushalte bilden geschätzte 690 Mrd. € eine Unter- und 880 Mrd. € eine Obergrenze.

Der Gini-Koeffizient für die Immobilienvermögensverteilung beträgt 0,76. Auch die Konzentration an der Spitze ist deutlich. Das oberste Fünftel hält mehr als 75% des gesamten Immobilienvermögens, die Top-10-% über 60% und das Top-1-% rund 22% des gesamten Immobilienvermögens. Die reichsten 10% in Österreich besitzen 450 Mrd. an Immobilienvermögen. Nur rund die Hälfte der österreichischen Haushalte sind EigentümerInnen ihres Hauptwohnsitzes. Es ist also eine zweigeteilte Welt zwischen BesitzerInnen und MieterInnen zu diagnostizieren. Des Weiteren gilt, dass die Hauptwohnsitze von 90% der Immobilienbesitzer insgesamt 344 Mrd. € ausmachen, die weiteren Immobilien hingegen nur ein Viertel (86 Mrd. €). Die obersten 10% der BesitzerInnen von Immobilien haben aber 120 Mrd. € an Immobilienvermögen im Hauptwohnsitz, aber 330 Mrd. € an weiteren Immobilien. Bei den obersten 10% liegt das Immobilienvermögen demnach hauptsächlich in Nebenimmobilien.

### **Mythos 3: Vermögenssteuern würden kleine Unternehmen treffen**

Rund 64% aller Unternehmen in Österreich sind GmbHs. Sie vereinen rund 90% des Eigenkapitals aller nichtfinanziellen Unternehmen in Österreich auf sich. Es handelt sich also um eine bedeutende Größe. Doch nur eine kleine Gruppe von Menschen, etwa 100.000, besitzt überhaupt Unternehmensbeteiligungen. Diese Minderheit hält Unternehmensbeteiligungen im Wert von 18,6 Mrd. €.

Auch innerhalb dieser Gruppe der UnternehmensbesitzerInnen gibt es eine enorme Spreizung zwischen Kleinen und Großen. Rund 40% der Personen besitzen Beteiligungen im Wert von weniger als 10.000 €. Im Durchschnitt sind die Beteiligungen einer Person 176.000 € wert, doch das Top-Zehntausendstel in Österreich besitzt ein Viertel der gesamten Unternehmensbeteiligungen. Übersetzt heißt dies, dass eine kleine Gruppe von 10 Personen Unternehmensbeteiligungen in der Höhe von 5 Mrd. € halten. Wenig überrascht es, dass jene Leute, die Unternehmensbeteiligungen halten, auch jene sind, die Immobilienbesitz, ein hohes Einkommen und eine gute Bildung haben.

Vermögende Private haben auch Privatstiftungen, von denen es in Österreich ca. 3.200 gibt. Über diese Stiftungen gibt es wenig an Informationen. Gesagt werden kann, dass die Beteiligungen einer Privatstiftung im Durchschnitt insgesamt rund 6,4 Mio. € wert sind. Rund 20% der Privatstiftungen halten Beteiligungen im Wert von mehr als 5 Mio. €. Zu bedenken ist, dass Privatstiftungen neben diesen großen GmbH-Beteiligungen weiteres Finanz- und Immobilienvermögen halten.

### **Mythos 4: Demokratie und Reichtumseliten sind keine Gegensätze**

Exzessiver Reichtum in den Händen weniger gefährdet eine Gesellschaft in ihrem sozialen Zusammenhalt. Während Armut geringere soziale Teilhabe und politische Mitgestaltung impliziert, bedeutet Reichtum ein Übermaß an politischen Einflussmöglichkeiten und damit stets auch eine Gefährdung der Demokratie. Die mit großen Vermögen einhergehende Macht bedingt eine gesellschaftliche Privilegierung der Interessen der Reichen. Reiche grenzen sich zudem sozial via Privatschulen, privater Gesundheitsvorsorge und privat gesicherten Wohngegenden selbst aus. Da-

her haben sie auch ein immer geringeres Interesse an öffentlich bereitgestellten Gütern, die aber für arme Menschen und auch für die Mittelschicht von entscheidender Bedeutung sind.

### **Mythos 5: Die Reichen haben in der Finanzkrise die größten Verluste zu beklagen**

In Zeiten der Wirtschaftskrise verlieren auch die Reichen, und da sie mehr haben, scheinen sie auf den ersten Blick auch mehr zu verlieren. In der Depression der 1930er Jahre büßten die Aktien in den USA fast zwei Drittel an Wert ein, nachdem die Vermögenskonzentration zuvor einen historischen Höchstwert erreicht hatte. Aber erst die umverteilende Politik des „New Deal“ unter US-Präsident Roosevelt stellte sicher, dass die Vermögensungleichheit nicht wieder die vormaligen exzessiven Ausmaße erreichte. Nach dem Zweiten Weltkrieg blieb der Anteil der Reichsten am Gesamtvermögen bis in die 1980er Jahre vergleichsweise moderat. Erst in der nachfolgenden marktorientierten Phase des Neoliberalismus stieg die Vermögensungleichheit wieder an.

Und knapp vor der jetzigen Wirtschaftskrise erreichte die Vermögenskonzentration einen neuen Höhepunkt. Wie Anfang der 1930er Jahre fielen die Aktienkurse in der Krise deutlich, und die Vermögenswerte der Reichen sanken temporär beträchtlich. Was die MilliardärInnen angeht, so büßten diese im Schnitt 30% ihres Vermögens ein. Doch anders als damals reagiert die Politik heute nicht auf die Vermögensungleichheit. Die Spectrem-Gruppe berichtet, dass die Zahl der US-Vermögensmillionäre 2009 auf 7,8 Millionen angestiegen ist (2008 waren es nur 6,7 Mio gewesen). Die Liste der Sunday Times 2010 der 1.000 Reichsten in Großbritannien zeigt, dass diese 2009 ihr Vermögen um 30% erhöhen konnten. Dies ist der stärkste Anstieg seit 1989.

Die aktuelle Krise wurde von der Politik nicht als Chance verstanden, wieder zu einer weniger ungleichen Vermögensverteilung zurückzukehren. Im Gegenteil: Die Politik setzt die Interessen der AktionärInnen in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen, wie die Ausgestaltung der Bankhilfspakete zeigt.

Ohne Vermögenssteuern können die Reichen die Krise aussitzen. Aktienkursverluste sind temporäre Verluste auf dem Papier, für jene, die ihre Aktien nicht ver-

kaufen müssen und auf einen besseren Kurs warten können. Aktuell (April 2010) liegt der Dow Jones Index wieder über 11.000. Die Reichen – von Merrill-Lynch auf einer Liste erfasst – fielen nur kurz auf das Niveau des Jahres 2005 zurück, d.h., nur die Zuwächse von 2006 und 2007 gingen verloren. Jene, die im Zuge der Krise ihren Arbeitsplatz einbüßten, wurden hingegen substantiell und zumeist auch mit nachhaltigen Konsequenzen für die Angehörigen getroffen.

Die Vermögenden erzielten ihre Vermögenszuwächse der letzten Jahrzehnte durch immer riskantere Veranlagungen. Je größer die Risiken wurden, desto höher fielen die Gewinne aus. Als die Risiken sich aber in Verlusten materialisierten, wurde die Allgemeinheit von der Politik verpflichtet, mittels Garantien und Unterstützungen zu helfen. Die enge Verflechtung von Finanz- und Politikelite erschwerte eine Orientierung am Gemeinwohl.

#### **Mythos 6: Budgetkonsolidierung muss über Ausgabenkürzungen und Erhöhung von Massensteuern erfolgen**

Die aktuelle schwere Finanz- und Wirtschaftskrise erhöht die soziale Ungleichheit markant. Arbeitslosigkeit und Rezession schlagen sich auch in einem hohen Budgetdefizit nieder. Und dies bedeutet zunehmende Schwierigkeiten bei der Finanzierung des Sozialstaates. Die Gefahr bei weitreichenden Budgetkonsolidierungen ist stets, dass die Politik auf Druck einflussreicher sozialer Gruppen reagiert. Vermögende haben mehr Möglichkeiten als Arme, die Konsolidierungsdebatte zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

In der österreichischen Debatte zur Budgetkonsolidierung werden seit längerem Denkverbote etabliert. Das bekannteste Tabu in wirtschaftspolitischen Debatten bilden die Vermögenssubstanzsteuern, die nicht das Einkommen aus Vermögen besteuern (wie z.B. die KESt), sondern die Vermögenssubstanz selbst. Über diese soll nicht einmal gesprochen werden. Aus ökonomischer Perspektive darf die Debatte aber nicht auf eine ausgabenseitige Konsolidierung und auf Massensteuern eingengt werden. Und aberwitzig wäre es, über Konsolidierung zu sprechen, ohne die ungleiche Vermögensverteilung zu thematisieren. Die sozial Schwächsten in der Gesellschaft haben keine Lobby. Umso wichtiger sind rationale ökonomische Argumente. Und umso bedeutungsvoller wäre, dass ExpertInnen ihre wissenschaft-

liche Unabhängigkeit ernst nehmen und nicht interessengeleitete Positionen Mächtiger vertreten. Da wird vom Mittelstand geredet, wenn Reiche gemeint sind, da wird das Bild fliehender Reicher bemüht, wenn über Immobilienvermögen gesprochen wird, und da wird von Leistungsträgern geschwätzt, wenn gesellschaftlich Bessergestellte oder Erben gemeint sind.

#### **Mythos 7: Vermögenssteuern sind populistische Neidsteuern**

Vermögenssteuern hätten, sogar aus einer engen ökonomischen Sicht, positivere volkswirtschaftliche Wirkungen als eine Belastung des Faktors Arbeit. Vermögenssteuern sind insbesondere wegen der enormen Konzentration des Vermögensbesitzes erfolgversprechend. Denn sie belasten die breite Bevölkerung – den ominösen Mittelstand – eben kaum.

Und der Spielraum zur Erhöhung des Steueraufkommens aus Vermögen ist enorm: Bei einem geschätzten Nettovermögen der privaten Haushalte von wenigstens 1.000 Mrd. € beträgt das Aufkommen an Vermögenssteuern derzeit nur gut 1 Mrd. € pro Jahr (aus Grundsteuer und Grunderwerbssteuer), der effektive Steuersatz beträgt also 0,1%. Selbst eine Vervielfachung des Steuersatzes würde keine Enteignung oder auch nur eine substantielle Schmälerung der Vermögenssubstanz bedeuten.

Aus budgetären, aber auch aus gesellschafts- und demokratiepolitischen Gründen ist eine Besteuerung von hohem Vermögen in Österreich dringend erforderlich.

Dies kann bedeuten: eine Besteuerung des Finanzvermögens, etwa im Wege einer Abgabe auf Wertpapierdepots, eine Finanztransaktionssteuer, eine Erhöhung der Grundsteuer und Einschränkungen der Steuerbegünstigungen von Stiftungen.

Eine Vermögenszuwachssteuer auf Wertpapiergewinne wäre kein Ersatz für eine Vermögenssteuer: Sie würde zwar eine Gleichheitslücke gegenüber der bereits bestehenden Besteuerung von Vermögenszuwächsen aus anderen Quellen schließen (Sparbücher werden ja bereits mit 25% KESt besteuert). Ein eklatanter Nachteil wäre aber, dass sie die bestehenden Ungleichheiten nicht tangieren würde.

Besonders wichtig wäre eine Wiedereinführung der Erbschaftssteuer: Es sollen möglichst alle Vermögensgegenstände in die Erbschaftssteuer einbezogen werden, was die der Besteuerung unterliegende Erbmasse vervielfachen würde. Die Be-

wertung soll zum Verkehrswert erfolgen. Es sollte nur eine Steuerklasse geben, denn die vormalige Bevorzugung der Familie schadet dem Ziel der Chancengleichheit. Die Steuersätze sollten progressiv gestaltet sein und die Freibeträge sollten niedrig bleiben, da es sich um leistungsfreie Einkommen handelt.

### **Mythos 8: Erbschaftssteuern sind Massensteuern**

Die Geldvermögens- und die Immobilienvermögensbefragungen der OeNB belegen, dass Erbschaften sozial ungleich ver-

teilt sind. Nur 20% der Haushalte machen eine Immobilienerbschaft und die Erben verfügen an sich schon über ein höheres Immobilienvermögen als die Nicht-Erben. Die Verteilung der Immobilienerbschaften in Österreich ist extrem ungleich. Der Gini-Koeffizient beim Immobilienerben beträgt 0,93. Die empirischen Ergebnisse zu den Erbschaften in Österreich folgen dem bekannten Muster: Wer hat, dem wird gegeben. Nur wenige Haushalte in Österreich erhalten hohe Immobilienerbschaften. Erbschaften führen zu einer Verstärkung der absoluten Vermögensunterschiede zwischen Arm und Reich.

#### **LITERATUR:**

- Andreasch, M., Fessler, P., Schürz, M. 2009 Unternehmensbeteiligungen der privaten Haushalte in Österreich – Evidenz auf Basis von Mikrodaten, Geldpolitik und Wirtschaft, Q4/09  
[www.oenb.at/de/img/gewi\\_2009\\_q4\\_analyse03\\_tcm14-155290.pdf](http://www.oenb.at/de/img/gewi_2009_q4_analyse03_tcm14-155290.pdf)
- Beer, C., P. Mooslechner, M. Schürz, K. Wagner 2006 Das Geldvermögen privater Haushalte in Österreich: Eine Analyse auf Basis von Mikrodaten in: Geldpolitik und Wirtschaft 2/2006 OeNB  
[www.oenb.at/e...2\\_05\\_tcm16-45590.pdf](http://www.oenb.at/e...2_05_tcm16-45590.pdf)
- Fessler, P., Mooslechner, P., Schürz, M. (2009). Statistische Herausforderungen der Forschung zu Finanzen privater Haushalte im Euroraum. Statistiken – Daten & Analysen Q1/09, OeNB, 57–66  
[www.oenb.at/de/img/stat\\_2009\\_q1\\_analyse5\\_tcm14-96313.pdf](http://www.oenb.at/de/img/stat_2009_q1_analyse5_tcm14-96313.pdf)
- Fessler, P., Mooslechner, P., Schürz, M. 2009. Stichprobenziehung bei Erhebungen zu den Finanzen privater Haushalte im Euroraum. Statistiken – Daten & Analysen Q2/09, 51–62.  
[www.oenb.at/de/img/stat\\_2009\\_q2\\_analyse5\\_tcm14-101295.pdf](http://www.oenb.at/de/img/stat_2009_q2_analyse5_tcm14-101295.pdf)
- Fessler, P., Mooslechner, P., Schürz, M. 2009. Interviewtechniken bei Erhebungen zu den Finanzen privater Haushalte im Euroraum. Statistiken – Daten & Analysen Q4/09, OeNB  
[www.oenb.at/de/img/stat\\_2009\\_q4\\_analyse\\_fessler\\_tcm14-143145.pdf](http://www.oenb.at/de/img/stat_2009_q4_analyse_fessler_tcm14-143145.pdf)
- Mooslechner, P., Schürz, M 2009 Verteilung der Geldvermögen. In: Sozialbericht 2007-2008, Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz, 276-286.  
[www.bmsk.gv.at/cms/site/attachments/4/5/5/CH0107/CMS1232705650368/18\\_verteilungdergeldvermoegen.pdf](http://www.bmsk.gv.at/cms/site/attachments/4/5/5/CH0107/CMS1232705650368/18_verteilungdergeldvermoegen.pdf)
- Fessler, P. Mooslechner, P., Schürz, M Wagner, K. 2009 Das Immobilienvermögen privater Haushalte in Österreich. In: Geldpolitik und Wirtschaft Q2/09. Wien. OeNB. 104-124.  
[www.oenb.at/de/.../gewi\\_2009\\_q2\\_analyse05\\_neu\\_tcm14-140716.pdf](http://www.oenb.at/de/.../gewi_2009_q2_analyse05_neu_tcm14-140716.pdf)
- Fessler, P. Mooslechner, P., Schürz, M 2010 Immobilienerbschaften in Österreich In: Geldpolitik und Wirtschaft Q2/10. Wien. OeNB. mimeo.